

Erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntags- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 s. 1/2 jährl. 1.50 s.
vierteljährl. 1.00 s. Durch
die Post bezogen 1.65 s.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezugsbar, kostet
monatlich 10 s. 1/2 jährlich 30 s.

Volkshblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zeitz,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißeustraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telephon-Nr. 1048.

Telegramm-Adresse: Volkshblatt Halle/Saale.

Nr. 84

Halle a. S., Dienstag den 10. April 1899.

10. Jahrg.

Gegen die Berufsteiade

richtet sich ein Artikel im Vormärz, vom Genossen Webel verfaßt, der auf einen Vorgang innerhalb der schweizerischen Grätklubs hinweist, von dem wir schon vor einigen Tagen berichtet, und der gerade jetzt von hohem Interesse ist, wo die generelle Presse in Anbetracht der Berufsteiade die Berufsteiade ausdrückt. Webel weist die Wichtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung aufschlagend nach. Er schreibt:

Sonntag, den 25. März, hielten die Grätklubs des Kantons Zürich in Leier eine Konferenz ab, auf der ein sehr bemerkenswerter Beschluß gefaßt wurde. Man beschloß, sich als sozialdemokratische Partei zu konstituieren und es jedem Mitglied eines Grätklubs oder Arbeitervereins zur Bedingung zu machen, daß er nur der sozialdemokratischen Partei angehören dürfe.

Dieser Beschluß empfindet die letzte Konsequenz einer Entwicklung, die seit geraumer Zeit in den Grätklubs begann, aber nur langsam und unter mancherlei inneren Kämpfen sich vollzogen hat. Man muß festhalten, daß bis vor wenig Jahren die Grätklubs eine bestimmte politische Tendenz hatten, daß Grätklubs der verschiedenen bürgerlichen Parteien denselben angehörten und daß die Vereine von diesen Politikern vielfach als Stützpunkt benützt wurden, um in Gemeinde oder Staatsamt zu gelangen oder als Volksvertreter gewählt zu werden. Aber die Klassengegnerschaft, die auch im Mittelstand der Demokratie — wie man die Schweiz mit vollem Rechte nennen darf — sich in dem Maße bemerkbar machte, als die kapitalistische Entwicklung zu nimmt und alle wirtschaftlichen Verhältnisse zersetzt und zuspaltet — sind auch von den Grätklubs, deren Mitglieder in der Mehrzahl Arbeiter sind, erkannt worden, und haben sie der Sozialdemokratie näher gebracht. Schließlich erfolgte der letzte Schritt in dieser Entwicklung, indem die Grätklubs des Kanton Zürich sich offiziell zur sozialdemokratischen Partei bekannten und kein Mitglied anderer Gesinnung mehr unter sich dulden wollten.

Die Neue Zürcher Zeitung, das leitende Organ der Liberalen, begrüßte mit Genugthuung diesen Schritt der Grätklubs, der Klarheit in die Parteibeziehungen bringe und einem jahrgelagerten Bündnis mit der Demokratie, das immer unsäglich geworden sei, ein Ende mache.

Die Neue Zürcher Zeitung hat von ihrem Standpunkt recht; sie erwartet, daß die Demokratie, von dem Erkenntnis durchdrungen, als selbständige Partei auf die Dauer nicht mehr bestehen zu können, schließlich ihr bürgerliches Herz entziehen und mit den Liberalen gehen werde. Was bisher bei dem Niedergang der bürgerlichen Demokratie sich zeigte, glebt der Neuen Zürcher Zeitung recht.

Die Demokratie geht an ihren inneren Widersprüchen zu Grunde. Die politische Freiheit und Gleichheit, wie sie im Kantons Zürich zu voller Durchföhrung gekommen ist, kann nur Mittel zum Zweck sein, d. h. die Demokratie muß soziale Demokratie sein oder sie kann nicht sein. Vor diese Alternative gestellt, löst sie sich in ihre sozialen Elemente auf — sie verschwindet.

Welches sind nun die sozialen Elemente, aus welchen die Demokratie im Kantons Zürich besteht? Das Gros der Arbeiter, ein erheblicher Teil der Bauern und das Kleinbürgertum. Das Kleinbürgertum, von der kapitalistischen Entwicklung bedrängt und in immer unbefriedigtere Lage versetzt, hat einen Gewerbeband gegründet, der seiner inneren Natur nach reaktionärer ist, durch den es aber seine sozialen Interessen zur Geltung zu bringen sucht und bei Wahlen nur solche Kandidaten berücksichtigt, die bereit sind, seinen Interessen zu dienen. Die Bauern haben sich im Bauernband zusammengeschlossen und verfolgen hierin ihre besonderen Klasseninteressen, die sie selbstverständlich ebenfalls durch die Wahlen zu fördern suchen. Die Arbeiter schwanden ins sozialdemokratische Lager ab, nachdem sie erkannt, daß mit den Schichten, gegen die sie täglich im Interessentritt stehen und des Kampfs um eine bessere Existenz führen, kein Zusammengehen möglich ist.

So vermindert die Grundlage, auf der bisher die Demokratie stand; sie nimmt an Zahl der Anhänger und an Einfluß ab, ihre Haltung in allen entscheidenden Fragen wird unsicher und schwankend und ihre schließliche Auflösung ist nur eine Frage der Zeit.

Man sieht, die materialistische Geschichtsauffassung, nach welcher die ökonomischen Interessen die politische Parteidichtung beherrschen, bewährt sich hier glänzend. Wenn irgendetwas die Arbeiterklasse der Demokratie zu Gute verpflichtet wäre, vorausgesetzt, daß in der Politik es überhaupt Anspruch auf Dank gäbe, so im Kantons Zürich. Der Kantons Zürich hat seit dem Jahre 1868 die demokratischste Verfassung der Welt, eine Verfassung, die sogar

sozialistische Kreise in sich trägt, insofern in ihr ausgesprochen ist, daß der Staat die Pflicht habe, Arbeiter-Produktionsgenossenschaften zu unterstützen. Die Wähler dieser Verfassung waren in erster Linie die Winterthurer Demokraten, an deren Spitze der Redakteur des Winterthurer Landboten, Wenzler, stand, der in diesem Verfassungskampfe in der Provinz des verstorbenen Fr. Albert Lange einen vorzüglichen Generalstabeschef an der Seite hatte. Auf Grund dieses Verfassung und der sonstigen in der Schweiz bestehenden demokratischen Institutionen sind die meisten Punkte, welche die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Programm als nächste Forderungen aufstellt, im Kantons Zürich verwirklicht. So besteht das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aller Männer vom vollendeten zwanzigsten Lebensjahre ab für alle die Wahlen und Stimmagaben ohne Ausnahme. Die Rational-, Kantonal-, Stadt- und Gemeinderäte werden nach diesem Wahlrecht gewählt. Ebenso die Regierungselemente (Minister), Bezugsrichter, Untersuchungsrichter, Lehrer u. die Press-, Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsschlichter besteht unbeschränkt. Der Unterricht in den Volksschulen — Primar- und Sekundärschulen — ist unentgeltlich, und unentgeltlich werden die Lehrmittel geliefert. Weiter besteht die direkte Gesetzgebung durch das Volk, und zwar sowohl in Bezug auf Vorschlags- wie Verwerfungsrecht. Auf Grund der schweizerischen Verfassung ist die allgemeine Wahpflichtigkeit durchgeföhrt. Der Grundlag hat ein freier Mann nur der ist, der das Recht besitzt, die Wahlen zu verteidigen seiner Freiheit und seines Rechts zu tragen ist verpflichtet. Von den ungefähre sechstausend organisierten Arbeitern im Kantons Zürich sind mindestens dreitausend bewaffnet; sie haben ihr Gewehr und die nötigen Patronen im Hause, und wehe dem, der d. V. versagen wollte, auf dem Wege des Staatsstrafs ein Volksrecht zu befechten.

Man hat also hier kein Gemeinwesen vor sich, das als demokratisches Musterbeispiel bezeichnet werden darf. Und doch zeigt sich aus hier, daß die Klassengegnerschaft und Klasseninteressen stärker sind, als alle Demokratie, ja, daß diese nur dazu dient, die Klassengegnerschaft klarer zum Ausdruck zu bringen.

Auf Seite 138 seiner Schrift: „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ sagt Verstein mit Bezug auf die Taktik der deutschen Sozialdemokratie:

„Wenn in Deutschland das Bürgertum immer reaktionärer werde, so möge das für den Moment vielleicht richtig sein, obgleich manche Erscheinungen auch dagegen sprechen. Aber es könne nicht auf die Dauer so sein. Das, was wir Bürgertum nennen, sei eine sehr zusammengelegte Klasse aus allerhand Schichten mit sehr verschiedenen Interessen bezw. unterschiedenen Interessen bestehend. Diese Schichten hielten auf die Dauer nur zusammen, wenn sie sich einander gleichmäßig bedrückt oder gleichmäßig bedroht sähen. Im vorliegenden Falle könne es sich natürlich um ein solches letztere (für Deutschland) handeln, d. h. daß das Bürgertum eine einheitliche reaktionäre Masse bilde, weil sich alle seine Elemente von der Sozialdemokratie gleichmäßig bedroht sähen, die einen in ihren materiellen, die anderen in ihren ideologischen Interessen; in ihrer Religion in ihrem Patriotismus, in ihrem Wohlwille, dem Lande die Schreden einer gewaltthätigen Revolution zu erparen.“

Verstein sieht also in dem Verhalten der deutschen Sozialdemokratie einzig und allein die Ursache des reaktionären Verhaltens des deutschen Bürgertums. Aber was Verstein der deutschen Sozialdemokratie glaubt vorwerfen zu können, ihr gegenföhliches Verhalten gegen die bürgerlichen Parteien, die ihr wahrhaftig Grimbe im Ueberflusse liefern, kann man der schweizerischen und speziell der Zürcherischen Sozialdemokratie nicht vorwerfen. Im Gegenteil. Hier spielen sich die politischen Kämpfe äußerlich unter so ruhigen Formen ab, wie man sie in Deutschland gar nicht kennt. Und doch sehen wir hier denselben Prozeß sich vollziehen wie in Deutschland. Die Mittelpartei, die Demokratie, wird immer mehr zurückgedrängt und verschwindet schließlich, und die Gegenkräfte zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien werden immer stärker.

Vorläufig nicht in dem Maße wie in Deutschland, weil die demokratischen Einrichtungen eine ganze Reihe Sirenpunkte befechten, die in Deutschland Lebensfragen für das Proletariat sind. Aber sobald einmal die schweizerische Sozialdemokratie Forderungen aufstellen sollte, die auch nur einem Teil der Bourgeoisie als Lebensfragen erscheinen, wird man auch hier den Kampf Formen annehmen sehen, die sich von jenen in Deutschland wenig unterscheiden.

In ökonomischen Interessenfragen hört die

Gewaltigkeit auf, haben wie bräben; und darum ist es ein sehr unbedenkliches und recht überflüssiges Gewicht des Fabius Cunctator einer Bewegung gegenüber zu spielen, die ihre Taktik und Kampfmethode nicht wählen kann, sondern sie durch ihre Gegner aufgezwungen bekommt.

Die Wirren auf Samoa

Die schon seit einigen Monaten daselbst herrschenden Wirren haben in den letzten Tagen wieder einen erneuten Charakter angenommen. Es handelt sich bekanntlich um Thronfolgereitigkeiten. Die Engländer und Amerikaner wollen den von den Eingeborenen mit Neugeburt-Majorität gewählten König Mataafa nicht anerkennen und haben deshalb am 23. März durch Admiral Kaui, den Kommandanten der amerikanischen Marine vor Samoa, den Säumling Tanu zum König proklamiert. Der deutsche Generalkonsul Korte, der als Vertreter der deutschen Interessen in Samoa fungiert, hat sich dementsprechend verhalten und die Proklamation bekannt, daß er an der Bekrönung der Samoa-Könige durch England und Amerika keinen Anteil habe und nach wie vor Mataafa so lange als König anerkenne, bis er von Deutschland andere Anstraktionen erhalten habe.

Mataafa hat diese Proklamation zum Anlaß genommen, sich den Beschlüssen des Admirals Kaui und des von diesem wieder eingesetzten Lord Oberstries Chambers (der bekanntlich ebenfalls Amerikaner ist) nicht zu fügen. Darum kam es zu Gezeiten. Amerikanische und englische Schiffe bombardierten die Insel, legten Truppen aus, besetzten die verträglich von der Insel vertriebenen, von den Engländern aber zu infolgebrachten Anhänger Mataafes und ließen auch diese gegen Mataafa los. Zwei englische Matrosen wurden getötet. Die Verluste der Eingeborenen sind nicht bekannt.

Als Zwischenstadium vor ein gereizter Verkeh der amerikanischen Admirals mit dem Kommandanten des deutschen Schiffes „Falte“ zu verzeichnen.

Der „Falte“ wollte den Hofen in einer geheimen Mission verlassen. Admiral Kaui forderte den Kommandanten inbessen auf, zu bleiben und sich bereit zu halten, den in Apia anwesigen Deutschen Hilfe zu leisten. Der „Falte“ blieb am Donnerstag auf seinem Plage. — Admiral Kaui erklärte in einem Schreiben, er halte die Proklamation des deutschen Generalkonsuls für eine schwere persönliche Beleidigung. Seiner Ansicht nach sei die provisorische Regierung im Berliner Vertrag nicht vorgesehen. Seine Anstraktionen gingen dahin, daß er im Einklange mit den Ansichten der Majorität die Bestimmungen des Vertrages durchzuführen solle. Kaui äußerte sich aufgebracht über die Haltung des deutschen Generalkonsuls, dem er die ganze Verantwortung für das Vorgehen Mataafas zuschrieb. Später teilte Korte dem Kaui schriftlich mit, daß die Kriegs-schiffe würden nur dann in Aktion treten, wenn das Eigentum oder das Leben von Deutschen zu schäden sei oder falls das Obergericht Hofbestände gegen deutsche Unterthanen erlassen sollte. Nach einem Zwischenfall wurde Deutschland im Abigen militärisch nicht eingreifen. Er protestierte dagegen, daß Kaui seine Proklamation erlassen habe, so lange von den Vertragsmächten noch keine Anstraktionen eingegangen seien, und erinnere daran, daß der Kommandant des „Falte“ keinen Befehl ausgeführt habe.

Die deutsche Regierung macht zu dieser Angelegenheit bekannt, daß durch das Eingreifen englischer und amerikanischer Schiffe vor Samoa der endgiltigen Regelung der samoanischen Wirren nicht vorgegriffen werden darf, da diese Regelung nur auf Grund einmütiger Beschlüsse der drei Mächte zu erfolgen hat. Die deutsche Regierung betrachtet demgemäß jede Einseitigkeit einer neuen Regierung für Samoa, die sich ohne ihre Zustimmung vollziehen würde, als eine Verletzung der Samoaakte. Die kaiserlichen Postämter in London und Washington sind in die dem Sinne mit Besichtigungen versehen worden.

So weit der Sachverhalt. Aber unsere karministischen Hühner beginnen bereits mit dem Säbel zu raseln und beneiden damit eben so große Voreiligkeit als Annahme. Sie wimmern, daß eine solche Provokation Deutschlands ein Jahr nach Wilhelms Tode vorzunehmen konnte, und wüßten am liebsten England oder Amerika den Krieg erklären oder zum mindesten alle wirtschaftlichen Beziehungen mit diesen beiden Ländern abbrechen. Besonders unsere Jünger sind auf Amerika wegen dessen Getreide und Obsterzeugnisse sehr zu sprechen und haben die Gelegenheit beim Schopf, um ihre inneren Verlangen nach die Billigkeit umzusetzen.

Aber nach allen bisher gepflogenen Verhandlungen entfällt für Deutschland jedes Recht, einen anderen als den diplomatischen Weg zu betreten. Dabei kann von einer Verletzung des Ansehens und der Ehre Deutschlands keine Rede sein. Und damit fällt vorläufig der Grund zur Verurteilung fort.

Tagesgeschichte.

Halle, 9. April 1899.

Die Reichstagswahl im zweiten Berliner Wahlkreis findet Dienstag, den 11. April, dem Geburtstage Kaiser Wilhelms statt. Die freisinnige Partei macht die kräftigsten Anstrengungen, den Wahlkreis zu besetzen. Dr. Kandidat, Rentier Kreiling, wurde bekanntlich als Sieger bei der Stichwahl im vorigen Jahre proklamiert, da ihm 25562 Stimmen zugesöhlt wurden, während der Wahlkommisnar für Fischer nur 28547 Stimmen ausreichte. Da aber 15 für letzteren abgegebenen Stimmzettel zu Unrecht

